

"Schuman-Plan - was ist das?" in Tägliche Rundschau (29. Januar 1952)

Legende: Am 29. Januar 1952 kritisiert die ostdeutsche Tageszeitung Tägliche Rundschau aufs Schärfste die Annahme des Schuman-Plans durch den deutschen Bundestag und verurteilt diese Entscheidung als nationalen Verrat am deutschen Volk.

Quelle: Tägliche Rundschau. Zeitung für Politik, Wirtschaft und Kultur. 29.01.1952, n° 24 (2050); 8. Jg. Berlin NO: Tägliche Rundschau.

Urheberrecht: (c) Tägliche Rundschau

Alle Rechte bezüglich des Vervielfältigens, Veröffentlichens, Weiterverarbeitens, Verteilens oder Versendens an Dritte über Internet, ein internes Netzwerk oder auf anderem Wege sind urheberrechtlich geschützt und gelten weltweit.

Alle Rechte der im Internet verbreiteten Dokumente liegen bei den jeweiligen Autoren oder Anspruchsberechtigten.

Die Anträge auf Genehmigung sind an die Autoren oder betreffenden Anspruchsberechtigten zu richten. Wir weisen Sie diesbezüglich ebenfalls auf die juristische Ankündigung und die Benutzungsbedingungen auf der Website hin.

URL: [http://www.cvce.eu/obj/"schuman_plan_was_ist_das_"_in_tagliche_rundschau_29_januar_1952-de-99c50554-91d2-47b7-9d36-e7bfda37b688.html](http://www.cvce.eu/obj/)

Publication date: 15/09/2012

Schuman-Plan - was ist das?

Der Bonner Bundestag hat den Vertrag über den von den kriegslüsteren USA-Imperialisten diktierten Schuman-Plan, genauer: über die Montanunion, gebilligt. Keiner der Abgeordneten, die für den Vertrag gestimmt haben, ist dazu je von seinen Wählern ermächtigt worden. Die Entscheidung für den Schuman-Plan ist eine Entscheidung ohne und gegen das deutsche Volk. Sie ist nationaler Verrat.

Aber warum ist das so? Was will der Schuman-Plan?

Nach diesem Plan sollen die Kohle- und Stahlindustrien Westdeutschlands, Frankreichs, Italiens, Belgiens, Hollands und Luxemburgs für 50 Jahre vereinigt werden. Einen überaus hochtrabenden Namen hat man dieser Vereinigung gegeben : " Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl. " Die Urheber des Schuman-Planes scheinen auf der Schulbank von der Geographie nicht sehr viel mitbekommen zu haben. Seit wann stellen denn die genannten sechs Länder – das erstere ist überdies nur die eine Hälfte eines widerrechtlich halbierten Landes – Europa dar ! Es gibt bekanntlich noch einige Länder mehr in Europa, sehr große sogar. Von "europäisch" kann also keine Rede sein, und von "Gemeinschaft" - wie edel das klingt! – auch nicht. Diese Vereinigung wäre vielmehr ein ganz ordinäres Kartell, wenn auch ein Riesenkartell, also ein monopolistischer Zusammenschluß verschiedener Unternehmungen zu dem Zweck einer gemeinsamen Politik in der Produktionsgestaltung, Preisfestsetzung, Absatzregelung usw.

Schlecht getarntes Rüstungskartell

Als erstes drängt sich die Frage auf : Warum sollen in diesem Kartell gerade die Kohle- und Stahlindustrien zusammengeschlossen werden? Warum, sagen wir, nicht die Textilindustrien? Das hat zwei Gründe. Erstens: Von Kohle und Stahl sind alle anderen Industrien mehr oder weniger abhängig. Ein Kartell der Kohle- und Stahlindustrien ist daher in der Lage, Einfluß auf die Wirtschaftspolitik in allen anderen Industriezweigen zu gewinnen. Zweitens: Kohle und Stahl sind die Grundstoffe der Rüstungsproduktion. Ohne Kohle und Stahl keine Geschütze, Panzer und Flugzeuge. Ein Sechs-Länder-Kartell der Kohle- und Stahlindustrien würde es daher den Kriegstreibern ermöglichen, die Rüstungsanstrengungen zusammenzufassen, zu beschleunigen, zu vervielfachen. Ein solches Kartell wäre praktisch eine riesige Waffenschmiede. Die Bonner Remilitaristen machen daraus auch gar kein Hehl. In einer Propagandaschrift der Adenauer-Regierung "Was bringt der Schuman-Plan?" heißt es unverblümt: "Auf Kohle und Stahl beruht aber auch die Kriegsmacht eines Volkes. Kein Volk ohne Stahl könnte einen Krieg führen, sei es zum Angriff oder zur Verteidigung." Und der französische Außenminister Schuman bezeichnete am 24. November 1950 vor dem sogenannten Europarat in Straßburg die Montanunion als "wirtschaftlichen Unterbau", der zu errichtenden "militärischen Struktur", womit die sogenannte "Europaarmee" gemeint ist. Ueberaus aufschlußreich ist in diesem Zusammenhang außerdem der Vorschlag der französischen Regierung, die "leitenden Organe" der Montanunion gleichzeitig zu den "obersten politischen und parlamentarischen Behörden" für die Europaarmee zu erheben. Das alles ist deutlich genug : Der Schuman-Plan dient nicht den "Werken des Friedens", wie es heuchlerisch in der Präambel des Vertrages über die Montanunion heißt, er dient der Aufrüstung und Kriegsvorbereitung.

Gleich nach der Ratifizierung des Schuman-Planes durch die von den Ruhrbaronen bestochene Bonner Parlamentsmehrheit hat denn auch die Adenauer-Regierung gefordert, die westdeutschen Rüstungsindustrien müßten das Recht haben, wieder Waffen zu produzieren. Auf einer Pressekonferenz in Bonn erklärte am 14. Januar Adenauers "Sicherheitsbeauftragter" Blank (er soll demnächst "Verteidigungsminister" werden), Westdeutschland sei bereit, "jede Art von Rüstungsbeschränkung zu übernehmen, die auch von anderen erfüllt wird, aber alles abzulehnen, was als Diskriminierung ausgelegt werden könne". Auf gut deutsch: Wenn die anderen fünf Teilnehmerstaaten der Montanunion rüsten, muß auch Westdeutschland rüsten dürfen. Die "Gleichberechtigung" die Bonn in der Montanunion verlangt, ist die Gleichberechtigung im Wettrüsten. Die westdeutsche und Westberliner bürgerliche Presse spricht offen bereits darüber, daß das Ruhrgebiet schon in kürzester Frist die Waffenproduktion wieder aufnehmen werde ; zunächst sollen Infanteriewaffen hergestellt, dann auch wieder schwere Waffen, wie Panzer und Geschütze, erzeugt werden.

Die "Rechte" des Kartells

Die "Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl" ist also nur ein schlecht getarntes Rüstungskartell, und dieses Kartell soll über die Kohle- und Stahlindustrien der sechs beteiligten Länder alle Macht haben. Als Voraussetzung dafür soll nach Artikel 1 des Vertrages ein "gemeinsamer Markt" für Kohle und Stahl gebildet werden, das heißt, für Kohle und Stahl soll es innerhalb der sechs Länder keine Grenzen und Zölle mehr geben. Im einzelnen soll das Rüstungskartell berechtigt sein, in den sechs Ländern darüber zu bestimmen, wieviel Kohle gefördert, wieviel Eisen und Stahl erzeugt wird, und was aus dem Eisen und dem Stahl hergestellt werden soll. Es soll den Absatz von Kohle und Stahl innerhalb des gemeinsamen Marktes und auch den Außenhandel der sechs Länder mit "dritten Ländern", der Montanunion nicht angeschlossenen Ländern, regeln. Es soll die Preise für Kohle, Eisen und Stahl und auch die Transporttarife für diese Güter diktieren. Es soll über alle Kredite und Investitionen verfügen, die für die Kohle- und Stahlindustrie gegeben werden. Es soll Einfluß nehmen auf die Löhne und Arbeitsbedingungen der Berg- und Metallarbeiter und angeblich deren "Freizügigkeit" gewährleisten.

Souveränitätsraub

Für Deutschland bedeutet das : Wird die Montanunion Wirklichkeit, so würde dem deutschen Volke das Verfügungsrecht über seine wertvollsten Rohstoffe und wichtigsten Industrien entzogen werden, und das gleich für 50 Jahre. Den Monopolisten an Rhein und Ruhr wäre allerdings dieser ungeheuerliche Souveränitätsraub nur recht. "Durch die Annahme des Schuman-Planes hört das Gerede über die Sozialisierung auf", erklärte unlängst der Generaldirektor des Klöckner-Konzerns, Henle. Nicht minder offen frohlocken die westdeutschen Kohle- und Stahlbarone darüber, daß die Montanunion jedem Mitbestimmungsrecht der Werk tätigen in den Betrieben einen Riegel vorschieben würde.

Und noch etwas anderes kommt für Deutschland hinzu : Die Montanunion würde endgültig alle Wirtschaftsbeziehungen zwischen Westdeutschland und der DDR sowie zwischen Westdeutschland und dem Saargebiet zerschneiden. Denn die Deutsche Demokratische Republik gilt für das Kartell als "drittes Land". Adenauer hat zunächst mit der ihm eigenen Frechheit bestritten, daß die Montanunion den innerdeutschen Handel beeinträchtigt. Dann aber hat er zugeben müssen, daß vertragsgemäß der Handel Westdeutschlands mit der DDR der Genehmigung des Kartells bedarf. Die Bewohner der DDR könnten somit die Ruhrkohle, die auch ihre Kohle ist, nur erhalten, sofern das den Herren der Montanunion gefiele. Was aber das Saargebiet betrifft, so stehen die Dinge folgendermaßen : In der Montanunion würde Frankreich das Saargebiet vertreten. Artikel 21 besagt: "Die Vertreter der Saarbevölkerung sind in die Zahl der Frankreich zugewiesenen Abgeordneten eingerechnet." Damit bestätigt der Vertrag über die Montanunion die zwar widerrechtlich, aber faktisch durch Frankreich vollzogene Abtrennung des Saargebietes von Deutschland. Wer folglich diesem Vertrag zustimmt, unterschreibt auch den Raub des Saargebietes.

G.H.

(Wird fortgesetzt)